

Herrn Bürgermeister
Dr. Andreas Bovenschulte
Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

Dr. Joachim Schuster
Vorsitzender des Verbandsrats

Frau Claudia Bernhard
Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz

Tel.: 0421-79199-22
Mail: info@paritaet-bremen.de

Herrn Björn Fecker, Senator für Finanzen

Frau Dr. Claudia Schilling
Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

20. Mai 2026

Offener Brief an den Bremer Senat: Erhalt der tariflichen Entlohnung von Pflegekräften

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Bovenschulte,
sehr geehrte Frau Senatorin Bernhard,
sehr geehrter Herr Senator Fecker,
sehr geehrte Frau Senatorin Dr. Schilling,

der Bremer Senat hat sich in der Vergangenheit wiederholt für gute Arbeit, faire Bezahlung der Beschäftigten und die Stärkung von Tariflöhnen eingesetzt. Diese klare politische Haltung hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich in Bremen und Bremerhaven besonders viele Pflegeeinrichtungen und ambulante Dienste in den letzten Jahren Tarifverträgen angeschlossen haben, und damit viele Beschäftigte in der Pflege endlich auch klare Perspektiven und eine verlässliche, transparente und faire Entlohnungs- und Arbeitsbedingung haben.

Diese Errungenschaft gerät nun ins Wanken: Der durch die Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zum GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz sieht vor, die bisherige Regelung zu streichen, wonach die Bezahlung von Gehältern bis zur Höhe tarifvertraglich vereinbarter Vergütungen in der häuslichen Krankenpflege nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden darf. Die Gesetzesbegründung stellt ausdrücklich klar, dass damit die Verpflichtung zur vollständigen Tariffinanzierung in den Vergütungsverhandlungen entfällt.

Das bedeutet praktisch: Pflegedienste, die ihre Beschäftigten tarifgerecht entlohnen, werden in ein strukturelles Defizit gedrängt. Eine analoge Regelung für die Leistungen der Sozialen Pflegeversicherung könnte mit dem geplanten Gesetz zur Reform der Pflegeversicherung folgen.

Die pflegerische Versorgung im Land Bremen ist dadurch massiv gefährdet:

- **Existenzrisiko für tarifgebundene Einrichtungen und Dienste in der Pflege:** Pflegedienste, die ihre Beschäftigten tarifgerecht bezahlen, würden in Vergütungsverhandlungen auf die Grundlohnrate als harte Deckelung verwiesen – obwohl Tarifabschlüsse diese regelmäßig übersteigen. So geraten diese Arbeitgeber unter massiven wirtschaftlichen Druck – bis hin zu Insolvenzen und Schließungen.
- **Rückgang der pflegerischen Versorgung:** Freie Plätze in Pflegeeinrichtungen, in der häuslichen Pflege oder in der Kurzzeitpflege sind schon jetzt in Bremen und Bremerhaven immer schwerer zu finden. Wenn Pflegeleistungen nicht mehr kostendeckend erbracht werden können, droht ein Rückzug aus der Versorgung – mit einem dramatischen Versorgungseinbruch in Bremen und Bremerhaven.
- **Abwertung der Pflegeberufe durch Entkopplung von tariflicher Entlohnung:** Mit großen Anstrengungen und politischer Unterstützung haben Pflegeeinrichtungen und -schulen in den letzten Jahren viele Menschen für Pflegeberufe gewinnen können. Die bessere Entlohnung von Pflegefach- und Hilfskräften hat maßgeblich dazu beigetragen, dass sich immer mehr Menschen für diesen wichtigen Beruf entschieden haben. Mit der faktischen Entkopplung der Bezahlung von der Tarifautonomie wird diese Entwicklung zurückgedreht, dabei brauchen wir aufgrund der demographischen Entwicklungen viele Hände, die sich jetzt und in Zukunft die Pflegebedürftigen im Land Bremen professionell versorgen.

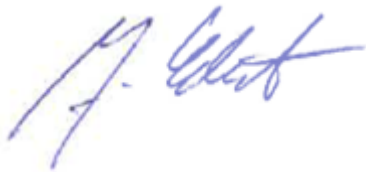
Wir fordern den Bremer Senat daher auf, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Stärkung der tariflichen Entlohnung in der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung einzusetzen, insbesondere

- die Streichung der Regelung zur Tarifrefinanzierung nach § 132a Abs. 4 SGB V zu verhindern und
- für den Erhalt der Regelung zur vollständigen Refinanzierung tarifgebundener Gehälter bei der anstehenden Pflege-Reform (Regelung § 82c SGB XI Abs 2a) einzutreten.

Wir erwarten, dass das Land Bremen sich im Bundesrat sowie in den laufenden politischen Abstimmungen klar positioniert: Tarifbindung und Tariftreue sind kein Luxus, sondern eine Voraussetzung für stabile Pflege, verlässliche Arbeitsbedingungen und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Für einen kurzfristigen Austausch stehen wir gern zur Verfügung und bitten um ein deutliches Signal des Senats in dieser Angelegenheit.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Joachim Schuster
Vorsitzender des Verbandsrats des Paritätischen Bremen